



## ABSCHAFFUNG PENSIONSSICHERUNGSBEITRAG:

Parlamentarische Bürgerinitiative erneut im Nationalrat eingebracht!

Auch bei dieser Bundesregierung lassen wir nichts unversucht, um den ungerechten Pensionssicherungsbeitrag los zu werden. Aufgrund unserer Bürgerinitiative stand **„Die Abschaffung des Beitrages nach § 13a Pensionsgesetz 1965 sowie aller analogen bundesrechtlichen Regelungen für alle BundesbeamtInnen im Ruhestand und deren Hinterbliebenen“** im Petitionsausschuss des Nationalrates am 1. Juli auf der Tagesordnung.

Sollte unserer Forderung aus budgetären oder politischen Gründen

nicht sofort nahegetreten werden können, wäre eine Absenkung des Beitrages in Etappen auf null durch Verhandlung eines Stufenplans mit verbindlichen Terminen rechtlich zu verankern.

Vom Petitionsausschuss wurde beschlossen, Stellungnahmen des Sozial- und des Finanzministeriums sowie des Ressorts für den öffentlichen Dienst einzuholen. Eine verbindliche Frist innerhalb welcher die Stellungnahmen abzugeben sind, gibt es nicht.

Wir danken den bisherigen UnterstützerInnen sehr herzlich. Elektro-



nische Zustimmungserklärungen zur Bürgerinitiative können noch auf der Homepage des Parlamentes abgegeben werden.

## DAS BRINGT DIE LOHNSTEUERREFORM:

35 Prozent der Steuerpflichtigen profitieren gar nicht – weil sie zu wenig verdienen. Hohe Einkommen werden dreimal stärker entlastet als kleine.

Sebastian Kurz auf diese Maßnahme in ZIB 2 angesprochen behauptet: *„Davon profitieren vor allem kleine und mittlere Einkommen.“*

Als Corona-Hilfsmaßnahme vermarktet Türkis/Grün die Lohnsteuerensenkung und verteilt das Geld



nach dem Gießkannenprinzip: Alle bekommen gleich viel, egal ob arm oder reich. Jene die besonders wenig haben, bekommen allerdings auch besonders we-

nig oder nichts und stehen mit leeren Händen da.

**1,2 Millionen BezieherInnen kleiner Pensionen unter der Steuergrenze gehen überhaupt leer aus, obwohl sie Sozialversicherungsbeiträge und Verbrauchersteuern zahlen!**

Da ist die Negativsteuer von 100,- Euro/Jahr nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie hätte eigentlich auf 350,- Euro angehoben werden müssen, die auch die anderen bekommen.

Zusammen mit weiteren Maßnahmen vergrößert die Türkis/Grüne Regierung damit die Ungleichheit bei den Einkommen.

Wenn es der Regierung darum geht die Konjunktur anzukurbeln, ma-

### SENKUNG DES EINGANGSSTEUERSATZES VON 25 AUF 20 PROZENT

Einkommen / Monat in Euro (brutto)	Veränderung „mehr“ / Jahr in Euro (netto)
1.000	-
1.100	0,81
1.200	51,54
1.300	102,48
1.500	204,32
1.800	348,30
2.000	350
2.500	350
3.000	350
4.000	350

(rückwirkend ab 1. Jänner 2020)

**OGB**

chen solche Maßnahmen wirtschaftspolitisch wenig Sinn. Wichtig ist die Kaufkraft unterer Einkommen zu stärken. Von dort fließt das Geld direkt in den Konsum – denn sie verdienen zu wenig um sich Geld auf die Seite legen zu können.